

**Satzung über die Erhebung der Verwaltungsgebühren  
für die Wahrnehmung von Aufgaben als untere Verwaltungsbehörde  
und als untere Baurechtsbehörde**

vom Gemeinderat beschlossen am 19.11.2012

---

**Satzung über die Erhebung der Verwaltungsgebühren für die Wahrnehmung von Auf-  
gaben als untere Verwaltungsbehörde und als untere Baurechtsbehörde**

**§ 1**

**Gebührenpflicht**

- (1) Für die Wahrnehmung von Aufgaben der Stadt Offenburg als untere Verwaltungsbehörde im Sinne des Landesverwaltungsgesetzes und als untere Baurechtsbehörde im Sinne der Landesbauordnung werden Verwaltungsgebühren nach den Anlagen dieser Satzung erhoben.
- (2) Diese Satzung gilt nicht, soweit spezielle gesetzliche Gebührevorschriften bestehen.
- (3) Die Stadt Offenburg kann Dritte beauftragen, die Gebühren nach dieser Satzung zu berechnen, Bescheide auszufertigen und zu versenden, die Gebühren entgegenzunehmen und abzuführen, Nachweise darüber für die Stadt Offenburg zu führen sowie die erforderlichen Daten zu verarbeiten und die verarbeiteten Daten der Stadt Offenburg mitzuteilen.

**§ 2**

**Gebührenschuldnerin/ Gebührenschuldner**

- (1) Zur Zahlung der Gebühr und Auslagen ist diejenige/derjenige verpflichtet,
  1. der/dem die öffentliche Leistung zuzurechnen ist;
  2. die/der die Gebühren- und Auslagenschuld durch eine gegenüber der Stadt abgegebene schriftliche Erklärung übernommen hat;
  3. die/der für die Gebühren- und Auslagenschuld einer/eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Mehrere Gebühren- und Auslagenschuldner/innen haften als Gesamtschuldner/innen.

**§ 3**

**Sachliche und persönliche Gebührenfreiheit**

- (1) Gebühren werden nicht erhoben, für öffentliche Leistungen, die folgende Angelegenheiten betreffen:
  1. Gnadensachen,
  2. das bestehende oder frühere Dienstverhältnis von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,
  3. die bestehende oder frühere gesetzliche Dienstpflicht oder die bestehende oder frühere anstelle der gesetzlichen Dienstpflicht geleistete Tätigkeit,

4. Prüfungen, die der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen, mit Ausnahme von Prüfungen zur Notenverbesserung,
  5. mündliche und einfache schriftliche Auskünfte, soweit bei schriftlichen Auskünften die Anlage zu dieser Satzung keine besondere Regelung trifft.
  6. die behördliche Informationsgewinnung, mit Ausnahme der Vermessungsgebühren.
- (2) Von der Entrichtung einer Verwaltungsgebühr nach der Anlage zu dieser Satzung sind befreit, soweit Gegenseitigkeit besteht:
1. das Land Baden-Württemberg;
  2. die landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes für Rechnung des Landes verwaltet werden;
  3. die Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände, Zweckverbände sowie Verbände der Regionalplanung in Baden-Württemberg.
- (3) Von der Entrichtung einer Verwaltungsgebühr nach der Anlage zu dieser Satzung sind außerdem befreit:
1. die Kirchen und die sonstigen als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie deren Untergliederungen und Mitgliedsverbände und die ihnen zugeordneten Einrichtungen, Anstalten und Stiftungen;
  2. die Verbände der freien Wohlfahrtspflege sowie deren Untergliederungen und Mitgliedsverbände und die ihnen zugeordneten Einrichtungen, Anstalten und Stiftungen für den Bereich der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege.
- (4) Die Gebührenbefreiungen nach Abs. 2 und 3 treten nicht ein, soweit die dort genannten Stellen berechtigt sind, die Gebühren Dritten aufzuerlegen oder sonst auf Dritte umzulegen. Satz 1 gilt für die in Abs. 3 genannten Stellen nur für deren steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe oder Betriebe gewerblicher Art.
- Ferner tritt eine Gebührenbefreiung nicht ein für öffentliche Leistungen der Stadt, wenn diese öffentlichen Leistungen nicht nur durch die Stadt bzw. deren Organisationseinheiten selbst erbracht werden und für öffentliche Leistungen im Bereich des Vermessungswesens und des bautechnischen Prüfwesens.
- (5) Im Übrigen kann im Einzelfall von der Erhebung einer Verwaltungsgebühr ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn die Festsetzung der Gebühr nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre.

## **§ 4**

### **Gebührenhöhe**

- (1) Die Höhe der Verwaltungsgebühr richtet sich nach der dieser Satzung beigefügten Anlage. Für öffentliche Leistungen, für die die Gebührenverzeichnisse keine besonderen Verwaltungsgebühren vorsehen und die nicht gebührenfrei sind, können Gebühren bis 10.000,00 Euro erhoben werden.

- (2) Die Gebühr soll die mit der öffentlichen Leistung verbundenen Verwaltungskosten aller an der Leistung Beteiligten decken. Die Gebührenhöhe bemisst sich insoweit nach dem Verwaltungsaufwand und, soweit das Gesetz über den Einheitlichen Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg vom 01. Dezember 2009 (EAP BW) keine Anwendung findet, nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Gebührenschuldner zum Zeitpunkt der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- (3) Vorbehaltlich einer besonderen Regelung sind für eine Wertgebühr der Verkehrswert oder die Baukosten zum Zeitpunkt der Beendigung der Leistung oder eine andere hierfür geeignete Bemessungsgrundlage zugrunde zu legen. Der/die Gebührenschuldner/in hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises kann die Behörde den Wert auf Kosten des/der Gebührenschuldners/in schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.
- (4) Wenn der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt wird, wird eine Gebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Verwaltungsgebühr erhoben, sofern die Anlage keine besondere Regelung trifft. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, wird keine Verwaltungsgebühr erhoben.
- (5) Sofern die Anlage keine besondere Regelung trifft, wenn der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung zurückgenommen wird oder die öffentliche Leistung aus sonstigen Gründen unterbleibt, wird eine Gebühr in Höhe von einem Zehntel bis zur halben Gebühr erhoben, wenn mit der sachlichen Bearbeitung begonnen, die Erbringung der öffentlichen Leistung aber noch nicht beendet war.
- (6) Für die Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen, Siegeln, Abschriften, Fotokopien sowie für die Erteilung von Befreiungen, Ausnahmen und Abweichungen von Rechtsvorschriften und sonstigen allgemeinen Anordnungen gilt das Gebührenverzeichnis zur Verwaltungsgebührenordnung in der jeweils geltenden Fassung.

## **§ 5**

### **Auslagen**

- (1) In der Verwaltungsgebühr sind grundsätzlich die der Behörde erwachsenen Auslagen inbegriffen. Der Ersatz der Auslagen kann besonders verlangt werden, wenn dies das übliche Maß des gewöhnlichen Geschäftsaufwands erheblich übersteigt oder wenn für eine öffentliche Leistung keine Verwaltungsgebühr erhoben wird.
- (2) Als Auslagen, die neben der Verwaltungsgebühr erhoben werden können, gelten insbesondere:
  - 1. Gebühren für Telekommunikationsdienstleistungen;
  - 2. Reisekosten;
  - 3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen;
  - 4. Vergütung für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung;
  - 5. Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen;
  - 6. Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen;
  - 7. Gebühren für Übersetzungen.

## **§ 6**

### **Auskunftspflicht**

Die/Der Gebührenschuldner/in ist verpflichtet, die zur Festsetzung der Verwaltungsgebühr erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und vollständig zu machen und die notwendigen Unterlagen in Urschrift oder beglaubigter Abschrift vorzulegen. Es gelten die Bestimmungen der Abgabenordnung.

## **§ 7**

### **Entstehung, Fälligkeit, Zahlung**

- (1) Die Verwaltungsgebühr und die Auslagen entstehen mit der Beendigung der öffentlichen Leistung, für die sie erhoben werden.
- (2) Bei Zurücknahme des Antrags nach § 4 Abs. 4 entsteht die Verwaltungsgebühr mit der Zurücknahme und in den anderen Fällen des § 4 Abs. 4 und des § 4 Abs. 3, Satz 1 mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung.
- (3) Die Verwaltungsgebühr und die Auslagen werden mit der Bekanntgabe der Gebühren- und Auslagenentscheidung an die/den Schuldner/in fällig.
- (4) Die Erbringung einer öffentlichen Leistung, die auf Antrag erfolgt, kann von der Zahlung eines Vorschusses oder von der Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden.
- (5) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der festgesetzten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.

## **§ 8**

### **In-Kraft-Treten**

Diese Satzung tritt am 1.1.2013 in Kraft.

Anlage 1 zur Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Wahrnehmung von Aufgaben als untere Verwaltungsbehörde und als untere Baurechtsbehörde (Gebührenverzeichnis)

<b>Gebühren der unteren Baurechtsbehörde</b>					
fd.Nr.	Gebührengegenstände	Gebühr	von	bis	Mindest- gebühr
	<b>Bauvoranfrage</b>				
1	Erteilung eines Bauvorbescheides, in % der <b>Baukostensumme</b> nach DIN 276, Kostengruppen 300 und 400, ausgehend von den am Ort der Bauausführung zum Zeitpunkt der Genehmigung incl. des Wertes von Eigenleistungen entstehenden Kosten, aufgerundet auf volle tausend	0,25%			190,00 €
2	Wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrunde gelegt werden können		190,00 €	1.850,00 €	
	<b>Baugenehmigungsverfahren</b>				
3	Erteilung einer Baugenehmigung, in % der <b>Baukostensumme</b> nach DIN 276, Kostengruppen 300 und 400, ausgehend von den am Ort der Bauausführung zum Zeitpunkt der Genehmigung entstehenden Kosten incl. des Wertes von Eigenleistungen, aufgerundet auf volle tausend, incl. Bauüberwachung und bis zu zwei Abnahmen auf der in Ziffer 3 genannten Grundlage	0,70%			190,00 €
4	Wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrunde gelegt werden können		190,00 €	3.250,00 €	
	<b>Vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren</b>				
4a	Erteilung einer vereinfachten Baugenehmigung, in ‰ der Baukostensumme (Baukosten gem. Definition s. Ziff. 3)	0,50%			130,00 €
4b	Wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrunde gelegt werden können		130,00 €	2.400,00 €	
5	<b>Entscheidungen nach Betriebssicherheitsverordnung</b>		130,00 €	1.100,00 €	
6	<b>Naturschutzrechtliche-, wasserrechtliche- und immissionsschutzrechtliche Entscheidungen</b>		130,00 €	4.500,00 €	
	<b>Verlängerungen und Wiedererteilungen</b>				
7	Verlängerung der Geltungsdauer von Genehmigungen und Bauvorbescheiden		1/4 von Ziff. 1 bzw. 2 oder Ziff. 3 bzw. 4		130,00 €
8	Wiedererteilung von Genehmigungen und Bauvorbescheiden		1/2 von Ziff. 1 bzw. 2 oder Ziff. 3 bzw. 4		130,00 €
9	<b>Werbeanlagen, je Anlage</b>		130,00 €	5.000,00 €	
	<b>Kenntnisgabeverfahren</b>				
10	Bestätigung zum Eingang vollständiger Unterlagen im Kenntnisgabeverfahren		180,00 €	300,00 €	
11	zuzüglich Angrenzeranhörung, pro Angrenzer	15,00 €			
	<b>Befreiungen, Ausnahmen, Erleicht., Abweich.</b>				
12	Baurechtliche Entscheidungen über Befreiungen, Ausnahmen, Erleichterungen, Abweichungen		130,00 €	4.000,00 €	
13	<b>Baulasten</b>		65,00 €	300,00 €	
14	<b>Abgeschlossenheitsbescheinigung</b>		65,00 €	1.500,00 €	
	<b>Abnahmen, Baukontrolle, Wiederkehrende Prüfungen</b>				
15	Jede weitere Bauabnahme über den Umfang von Nr. 3 hinaus und vom Bauherrn zu vertretender erfolgloser Abnahmeversuch	65,00 €/Std.			
16	Abnahme fliegender Bauten		65,00 €	300,00 €	
17	Brandverhütungsschau und wiederkehrende Prüfungen		65,00 €	600,00 €	

lfd.Nr.	Gebührenggegenstände	Gebühr	von	bis	Mindest- gebühr
	<b>Bauordnungsbehördliche Maßnahmen</b>				
18	Baueinstellung, Untersagung, Abbruchverfügung		130,00 €	1.000,00 €	
19	Sonstige Anordnungen im Rahmen des Bauordnungsrechts		130,00 €	600,00 €	
	<b>Denkmalschutz</b>				
20	Denkmalschutzrechtliche Genehmigung (öffentliches Interesse)		Gebührenfrei		
21	Prüfung der Zulässigkeit von Vorhaben		65,00 €	1.000,00 €	
22	Untersagungs- u. Erhaltungsverfügungen		130,00 €	1.000,00 €	
Soweit die Gebühren nach den Baukosten berechnet werden, ist von den Kosten nach DIN 276 Teil 4 Kostengliederung Nr. 300 - 469 (Ausgabe Juni 1993) auszugehen, die am Ort der Bauausführung im Zeitpunkt der Erteilung der Genehmigung zur Erstellung des Vorhabens erforderlich sind, einschließlich des Wertes etwaiger Eigenleistungen (Material und Arbeitsleistung). Die Baukosten sind auf volle 1.000 € aufzurunden. Zu den Bau- und Herstellungskosten gehört die auf diese Kosten entfallende Umsatzsteuer.					

Anlage 2 zur Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Wahrnehmung von Aufgaben als untere Verwaltungsbehörde und als untere Baurechtsbehörde (Gebührenverzeichnis)

<b>Gebühren der Abteilung Ordnungswesen und Zentrales Bürgerbüro</b>				
Id.Nr.	Gebührengegenstände	Gebühr	von	bis
<b>1.2</b>	<b>Gaststättenrecht</b>			
1.2.1	Gaststättenerlaubnis (§ 2 GastG)		350,00 €	5.500,00 €
1.2.2	Befristete Gaststättenerlaubnis bis zu einem Jahr (§ 3 Abs. 2 GastG)		350,00 €	550,00 €
1.2.3	Stellvertreterenerlaubnis (§ 9 GastG)	65,00 €		
1.2.4	Vorläufige Gaststättenerlaubnis (§ 11 GastG)		270,00 €	550,00 €
1.2.5	Vorläufige Stellvertreterenerlaubnis (§ 11 GastG)	50,00 €		
1.2.6	Zulassung von Ausnahme von der Verpflichtung zum Ausschank alkoholfreier Getränke (§ 6 Satz 2 GastG)		20,00 €	340,00 €
1.2.7	Gestattung (§ 12 GastG)	34,00 €		
1.2.8	Zulassung von Ausnahmen vom Verbot der Anmietung von Räumen bei Straußenwirtschaften (§ 6 Abs. 2 GastVO)		20,00 €	200,00 €
1.2.9	Zulassung von Ausnahmen von den Sperrzeitvorschriften für einzelne Betriebe (§ 12 Satz 1 GastVO)		20,00 €	65,00 €
1.2.9.1	Sperrzeitverkürzung für einzelne Tage	34,00 €		
1.2.9.2	Regelmäßige Sperrzeitverkürzung bzw. Sperrzeitaufhebung		17,00 €	100,00 €
1.2.10	Untersagung der Beschäftigung einer Person (§ 21 Abs. 1 GastG)		20,00 €	340,00 €
1.2.11	Entscheidung zur Beschäftigung von Personen (§ 13 Abs. 2 GastVO)		20,00 €	340,00 €
1.2.12	Auflagen und Anordnungen (§§ 5, 12 Abs. 3 GastG, § 12 Satz 2 GastVO)		65,00 €	550,00 €
1.2.13	Verlängerung von Fristen zum Betrieb der Gaststätte (§§ 8 Satz 2, 9 Satz 2, 24 Abs. 1 Satz 3 GastG)		20,00 €	200,00 €
<b>1.3</b>	<b>Gewerberecht</b>			
1.3.1	Erteilung einer Empfangsbescheinigung (§ 15 Abs. 1 GewO) - zusätzlich Aufforderung zur Gewerbeanzeige je Schreiben	20,00 € 12,00 €		
1.3.2	Erlaubnis zum Betrieb von Privatkankeanstalten (§ 30 GewO)		500,00 €	2.000,00 €
1.3.3	Erlaubnis zur Schaustellung von Personen (§ 33 a GewO)		130,00 €	340,00 €
1.3.4	Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 c Abs. 1 GewO)		130,00 €	1.500,00 €
1.3.5	Geeignetheitsbestätigung (§ 33 c Abs. 3 GewO) - zusätzlich bei Aufforderung zur Antragsstellung	120,00 € 20,00 €		
1.3.6	Erlaubnis zur Veranstaltung von anderen Spielen mit Gewinnmöglichkeiten (§ 33 d Abs. 1 GewO)		65,00 €	1.500,00 €
1.3.7	Erlaubnis zum Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens (§ 33 i GewO)		450,00 €	1.650,00 €
1.3.8	Erlaubnis zum Betrieb des Pfandleih- oder Pfandvermittlungsgewerbes (§ 34 Abs. 1 GewO)		130,00 €	340,00 €
1.3.9	Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes (§ 34 a Abs. 1 und 2 GewO) - für Einzelunternehmer - für juristische Personen - Überprüfung der Bewachungsperson je Person	800,00 € 1.000,00 € 25,00 €		
1.3.10	Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerungsgewerbes (§ 34 b Abs. 1 und 2 GewO)		130,00 €	340,00 €
1.3.11	Öffentliche Bestellung von Versteigerern (§ 34 b Abs. 5 GewO)		130,00 €	340,00 €
1.3.13	Schließungsverfahren von Betrieben (z. B. Gaststätten, Spielhallen) (§ 15 Abs. 2 GewO)		65,00 €	2.500,00 €
1.3.14	Gewerbeuntersagung sowie Entscheidungen (§ 35 GewO)		65,00 €	2.500,00 €
1.3.15	Gestattung der Wiederausübung eines untersagten Gewerbes (§ 35 Abs. 6 GewO)		130,00 €	340,00 €

fd.Nr.	Gebührengegenstände	Gebühr		
			von	bis
1.3.16	Erlaubnis zur Stellvertretung konzessionierter oder angestellter Personen (§ 47 GewO)		65,00 €	340,00 €
1.3.17	Erteilung einer Reisegewerbekarte (§ 55 GewO)		75,00 €	250,00 €
1.3.18	Erteilung einer Zweitschrift/ Ersatz der Reisegewerbekarte (§ 60 c Abs. 2 GewO)	50,00 €		
1.3.18a	Erweiterung der Reisegewerbekarte	25,00 €		
1.3.19	Erteilung einer Gewerbelegitimationskarte (§55 b Abs. 2 GewO)		25,00 €	250,00 €
1.3.20	Befreiung von der Reisegewerbekartenpflicht (§ 55 a Abs. 1 Nr. 1 GewO)		25,00 €	250,00 €
1.3.21	Befreiung von der Reisegewerbekartenpflicht anlässlich Sonderveranstaltungen (§ 55 a Abs. 2 GewO)		25,00 €	250,00 €
1.3.24	Festsetzung von Messen, Spezialmärkten, Jahrmärkten sowie Volksfesten		200,00 €	400,00 €
1.3.25	Änderung oder Aufhebung der Festsetzung von Märkten, Messen und Ausstellungen		130,00 €	400,00 €
1.3.26	Erteilung von Auskünften aus dem Gewerberegister (analog Melderegister)	10,00 €		
1.3.26a	Ersatzbescheinigung/ Bescheinigung bei Änderung eines nichtmeldepflichtigen Vorgangs	7,50 €		
1.4	<b>Handwerksrecht</b>			
	Handwerksuntersagung (§ 16 HWO)		34,00 €	340,00 €
1.5	<b>Jugendschutz</b>			
1.5.1	Ausnahmen vom Verbot des Aufenthalts von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren in Gaststätten (§ 4 Abs. 1 i. V. m. Abs. 4 JugendschutzG)		34,00 €	200,00 €
1.5.2	Ausnahmen vom Verbot der Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen bei öffentlichen Tanzveranstaltungen (§ 5 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 JugendschutzG)		34,00 €	200,00 €
1.5.3	Anordnung der Abwesenheit von Kinder und Jugendlichen an jugendgefährdeten Veranstaltungen (§ 7 JugendschutzG)		34,00 €	340,00 €
1.5.4	Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren für Kinder oder Jugendliche durch jugendgefährdende Orte (§ 8 JugendschutzG)		34,00 €	340,00 €
1.6	<b>Kampfhunde</b>			
1.6.2	Überprüfung der Hundehaltung gemäß POLVOgH		65,00 €	200,00 €
1.6.3	Erlaubnis für Kampfhunde nach §§ 3 und 4 POLVOgH		130,00 €	550,00 €
1.6.4	Ausnahmen nach der POLVOgH		65,00 €	340,00 €
1.6.5	Auflagen nach der POLVOgH		200,00 €	400,00 €
1.6.6	Maßnahmen bezüglich auffälliger Tiere		200,00 €	400,00 €
1.7	<b>Ladenschlussgesetz</b>			
1.7.1	Ausnahmegenehmigungen zum Feilbieten von Waren an Sonn- und Feiertagen (§ 10 LadSchG)		65,00 €	680,00 €
1.7.2	Ausnahmegenehmigungen zum Feilbieten von Waren zum sofortigen Verbrauch (§ 20 Abs. 2 a LadSchG)		50,00 €	275,00 €
1.10	<b>Polizeirecht</b>			
1.10.1	Ausnahmen von den Vorschriften der Polizeiverordnung für die Große Kreisstadt Offenburg		65,00 €	340,00 €
1.10.2	Erteilung von Platzverweisen		65,00 €	130,00 €
1.10.3	Verfügungen zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung		65,00 €	2.500,00 €
1.10.4	Prüfung von polizeirechtlich relevanten Veranstaltungen		65,00 €	2.500,00 €
1.10.5	Rückforderungen der Kosten für Tiertransporte	65 €/Std.		
1.11	<b>Sonn- und Feiertagsgesetz</b>			
1.11.1	Erteilung von Befreiungen von Arbeits- und Veranstaltungsverböten gem. § 12 Sonn- und FeiertagsG		130,00 €	340,00 €



fd.Nr.	Gebührengegenstände	Gebühr	von	bis
1.11.2	Befreiung von verbotenen Tätigkeiten während des Hauptgottesdienstes (§ 7 Abs. 2 Sonn- und FeiertagsG)		20,00 €	34,00 €
1.11.3	Befreiung vom Tanzverbot an bestimmten Feiertagen (§ 11 Sonn- und FeiertagsG)		20,00 €	100,00 €
1.12	<b>Titel, Orden und Ehrenzeichen</b>			
	Genehmigung zum Erwerb (Sammeln von Orden und Ehrenzeichen) (§ 14 Abs. 2 des Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen)	100,00 €		
2	<b>Waffenrecht</b>			
2.1	Ausstellung einer grünen WBK für Jäger Langwaffen (§ 13 Abs. 3 WaffG) und 1. oder 2. Kurzwaffe (§ 13 Abs. 2 WaffG)	65,00 €		
2.2	Ausstellung einer grünen Waffenbesitzkarte (WBK) für Sportschützen /Jäger ab 3. Kurzwaffe, sonstige Berechtigte/ Brauchtumsschützen (§§ 10 Abs. 1, § 8, 14 Abs.1 Satz 2, Abs. 2, 3 und 16 Abs. 1 WaffG)	85,00 €		
2.3	Ausstellung einer grünen WBK für Erben (§§ 10 Abs. 1, 20 Abs. 1 WaffG)	85,00 €		
2.4	Ausstellung einer Vereins-WBK (§ 10 Abs. 2 S. 2 WaffG)	100,00 €		
2.5	Ausstellung einer roten WBK für Sammler (§ 17 Abs. 2 WaffG)	400,00 €		
2.6	Ausstellung einer roten WBK für Sachverständige (§ 18 Abs. 2 WaffG)	340,00 €		
2.7	Ausstellung einer gelben WBK für Sportschützen (§ 14 Abs. 4 WaffG)	100,00 €		
2.8	Ausstellung einer gelben Folge-WBK für Sportschützen (§ 14 Abs. 4 WaffG)	100,00 €		
2.9	Ausstellung eines Munitionserwerbsscheins (§ 10 Abs. 3 S. 2 WaffG)	65,00 €		
2.10	Ausstellung eines Waffenscheins für Bewachungsunternehmer (§ 28 Abs. 1 WaffG)	340,00 €		
2.11	Ausstellung Waffenschein §§ 10 Abs. 4, 19 Abs. 2 WaffG)	250,00 €		
2.12	Ausstellung eines kleinen Waffenscheins zum Führen von SRS-Waffen (§ 10 Abs. 4 S. 4 WaffG)	65,00 €		
2.13	Ausstellung einer Ersatzausfertigung für eine in Verlust geratene waffenrechtliche Erlaubnis	65,00 €		
2.14	Ausstellung eines Europäischen Feuerwaffenpasses (§ 32 Abs. 6 WaffG)	65,00 €		
2.15	Ausnahme für noch nicht vorhandenes Blockiersystem, § 20 Abs. 7 WaffG	40,00 €		
2.16	Ausnahme vom Alterserfordernis nach §§ 3 Abs. 3 und 27 Abs. 4 WaffG	65,00 €		
2.17	Ausnahme von Handelsverboten (Vertrieb / Überlassen auf Märkten, Messen, im Reisegewerbe etc.) (§ 35 Abs. 3 letzter Satz WaffG)		75,00 €	340,00 €
2.18	Ausnahme von dem Verbot des Führens von Waffen bei öffentlichen Veranstaltungen (§ 42 Abs. 2 WaffG)		100,00 €	340,00 €
2.19	Eintragung eines oder mehrerer Blockiersysteme, § 20 Abs. 3 S. 2 WaffG	20,00 €		
2.20	Eintragung einer Mitinhaberschaft in eine WBK (§ 10 Abs. 2 S. 1 WaffG)	34,00 €		
2.21	Eintrag einer Berechtigung zum Erwerb einer Kurzwaffe für Jäger ohne Bedürfnisprüfung (1. oder 2. Kurzwaffe) (§§ 10 Abs. 1 S. 1 und 13 Abs. 2 S. 2 WaffG)	34,00 €		
2.22	Eintrag einer Berechtigung zum Erwerb einer Waffe mit Bedürfnisprüfung (Kurz- und Langwaffen) (§ 10 Abs. 1 S. 1, § 8 und § 14 Abs. 1 S.2, Abs. 2, 3 WaffG)	65,00 €		
2.23	Eintrag einer oder mehrerer Langwaffen für Jäger nach Erwerb aufgrund Jagdschein (ohne Bedürfnisprüfung) (§ 13 Abs. 3 WaffG)	34,00 €		

fd.Nr.	Gebührengegenstände	Gebühr	von	bis
2.24	Eintrag einer Waffe in eine Waffenbesitzkarte aufgrund bestehender Erwerbsberechtigung (Sportschützen alle Waffen einschließlich Erwerb aufgrund gelber WBK / Jäger Kurzwaffen, Sammler, sonstige Erwerbsberechtigte) § 10 Abs. 1a WaffG	20,00 €		
2.25	Austrag einer Waffe aus einer WBK (§ 34 Abs. 2 S. 2 WaffG)	20,00 €		
2.26	Eintrag eines Wechsel- oder Austauschlaufes oder einer Wechselltrommel gleichen oder kleineren Kalibers in eine WBK (Anl. 2, Abschn. 2, Nr. 2.1 und 2.2)	20,00 €		
2.27	Eintrag der Munitionserwerbsberechtigung in eine Waffenbesitzkarte (§ 10 Abs. 3 S. 1 WaffG)	20,00 €		
2.28	Eintrag / Austrag einer / mehrerer Waffen/ aus einem / in einen Europäischen Feuerwaffenpass und sonstigen Änderungen (§ 34 Abs. 2 S. 2 WaffG)	25,00 €		
2.29	Erlaubnis zum Schießen außerhalb von Schießstätten (Schießerlaubnis) (§ 10 Abs. 5 WaffG)		75,00 €	340,00 €
2.30	Erlaubnis nach § 16 Abs. 2 WaffG (Führen von Waffen durch Brauchtumsschützen)	100,00 €		
2.31	Erlaubnis nach § 16 Abs. 3 WaffG (Schießerlaubnis für Brauchtumsschützen)	100,00 €		
2.32	Erlaubnis zur Herstellung oder Instandsetzung von Schusswaffen oder Munition (§ 21 Abs. 1 WaffG)		100,00 €	2.500,00 €
2.33	Erlaubnis zum Handel mit Schusswaffen oder Munition (Waffenhandelserlaubnis) (§ 21 Abs. 1 WaffG)		100,00 €	2.500,00 €
2.34	Erlaubnis zum nichtgewerbsmäßigen Herstellen, Bearbeiten oder Instandsetzen von Schusswaffen (§ 26 Abs. 1 WaffG)		100,00 €	2.500,00 €
2.35	Erlaubnis zum Betrieb oder zur wesentlichen Änderung einer Schießstätte einschließlich Abnahmeprüfung § 27 Abs. 1 WaffG		100,00 €	500,00 €
2.36	Erlaubnis zum Verbringen von erlaubnispflichtigen Schusswaffen oder erlaubnispflichtiger Munition in den Geltungsbereich des Gesetzes (§ 29 Abs. 1 Einfuhr) und Erlaubnis zur Durchfuhr durch den Geltungsbereich des Gesetzes (§ 30 Abs. 1 WaffG).	45,00 €		
2.37	Erlaubnis zum Verbringen von erlaubnispflichtigen Schusswaffen oder erlaubnispflichtiger Munition aus dem Geltungsbereich des Gesetzes (§ 31 Abs. 1 WaffG Ausfuhr).	45,00 €		
2.38	Erlaubnis zum Verbringen von erlaubnispflichtigen Schusswaffen oder erlaubnispflichtiger Munition zu Waffenherstellern / Waffenhändlern in einem anderen Mitgliedsstaat durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 21 WaffG (§ 31 Abs. 2 WaffG).	100,00 €		
2.39	Erlaubnis zur Mitnahme von erlaubnispflichtigen Schusswaffen/Munition in den, durch den oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes durch den Inhaber eines von einem Mitgliedstaat ausgestellten Europäischen Feuerwaffenpasses (§ 32 Abs. 1, 2 WaffG)	25,00 €		
2.40	Erteilung einer Erlaubnis nach § 32 Abs. 4 WaffG (Mitnahmeerlaubnis Drittstaatangehörige)	45,00 €		
2.41	Verlängerung eines Waffenscheins für Bewachungsunternehmer (§ 28 Abs. 1 WaffG)	275,00 €		
2.42	Verlängerung Waffenschein §§ 10 Abs. 4 WaffG	125,00 €		
2.43	Verlängerung eines Europäischen Feuerwaffenpasses (§ 32 Abs. 6 WaffG)	34,00 €		
2.44	Änderung / Umschreibung des Sammelthemas auf einer roten WBK (§ 17 Abs. 2 WaffG)	275,00 €		
2.45	Anerkennung eines Lehrgangsanbieters, § 3 Abs. 3 AWaffV		100,00 €	680,00 €
2.46	Anordnung nach § 25 Abs. 2, § 36 Abs. 6, § 37 Abs. 1, § 39 Abs. 3 oder § 46 WaffG	65 €/Std.		
2.47	Anordnungen zur Sicherstellung / Einziehung von Gegenständen (§ 40 Abs. 5 WaffG)	65 €/Std.		

fd.Nr.	<b>Gebührengegenstände</b>	<b>Gebühr</b>		
			von	bis
2.48	Bescheinigungen nach § 28 Abs. 3 und 4 WaffG	65,00 €		
2.49	Festsetzung eines unbefristeten Waffenbesitzverbotes nach dem Waffengesetz inklusive Sicherstellung / Einziehung von Gegenständen (§ 41 Abs. 1 und 2 WaffG)	65 €/Std.		
2.50	Gebühr für die Ablehnung aus anderen Gründen als Unzuständigkeitsgründen oder bei Zurücknahme von Anträgen auf Vornahme von Amtshandlungen nach Beginn der sachlichen Bearbeitung, jedoch vor deren Beendigung	65 €/Std.		
2.51	Regel- und Sonderprüfungen nach § 12 Abs. 1 AWaffV-Schießstättenüberprüfung (Regelüberprüfung)		65,00 €	300,00 €
2.52	Sonstige Anordnungen und Entscheidungen sowie öffentliche Leistungen, insbesondere Prüfungen und Untersuchungen, die im Interesse oder auf Veranlassung des Gebührenschuldners vorgenommen werden	65 €/Std.		
2.53	Überprüfung Waffenhandelsbücher	65 €/Std.		
2.54	Umschreibung einer Vereins-WBK nach Wechsel der verantwortlichen Person (§ 10 Abs. 2 S. 4 WaffG)	30,00 €		
2.55	Widerruf oder Rücknahme einer öffentlichen Leistung, zu der der Berechtigte Anlass gegeben hat einschließlich Sicherstellung von Gegenständen	65 €/Std.		
<b>3.</b>	<b>Ausstellen von Fischereischeinen</b>			
	a) Jugend	5,00 €		
	b) Gültigkeitsdauer 1 Jahr	10,00 €		
	c) Gültigkeitsdauer 5 Jahre	20,00 €		
	d) Gültigkeitsdauer 10 Jahre	25,00 €		